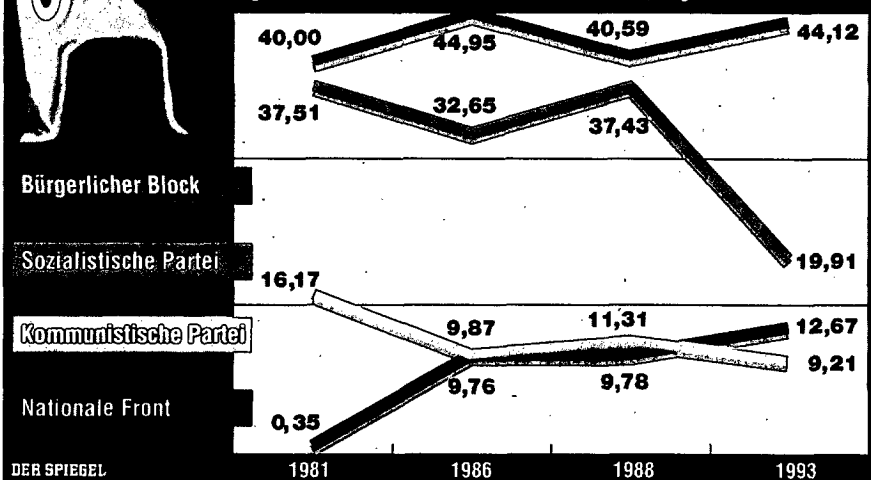


Der tiefe Sturz der Sozialisten

Ergebnisse der Parlamentswahlen in Frankreich: Angaben in Prozent



der Stahlwerke, der Textilfabriken viele Leute in extrem schwierigen Verhältnissen.

SPIEGEL: Laufen die nicht auch enttäuscht zum rechtsradikalen Front national über?

TOURAINE: Teilweise ja. Die Entwicklung im Mittelmeerraum beispielsweise ist besorgniserregend. Das ist ein Gebiet, das sich auf kleine landwirtschaftliche Betriebe stützt, auf Tourismus, Handel und Beamte. Das ist schlicht das Frankreich des 19. Jahrhunderts: unterentwickelt, altmodisch, ein wenig wie Neapel. Dort sind die Neofaschisten stark, hier Le Pen.

SPIEGEL: Welche Rolle hat die Angst vor der Zukunft in dieser Wahl gespielt? 70 Prozent der Bürger, ermittelten Meinungsforscher, fühlen sich von persönlicher und beruflicher Unsicherheit gequält.

TOURAINE: Diese Angst hat ihre Ursache auch darin, daß Probleme wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Immigration den Menschen als nicht mehr lösbar erscheinen. Es ist nicht allein so, daß sie furchtbar sind; das politische System scheint schlechthin unfähig, sie zu beheben. Es gibt keine Antwort auf die Fragen mehr, die Probleme werden buchstäblich unsäglich. In einer Nation, in der jeder alles vom Staat erwartet, darf dieser sich nicht als impotent erweisen – zumal Mitterrand versprochen hatte, daß mit ihm, dem Sozialisten, der Wandel, das Glück Einzug halten würden. Statt dessen nun Ohnmacht und als Folge Angst. Seit zwei Jahren erklärt man den Franzosen: Ihr müßt mit diesem Schicksal, diesem Unvermeidlichen leben.

SPIEGEL: Auch mit drei Millionen Arbeitslosen?

TOURAINE: Ja. Nicht die französische Gesellschaft befindet sich in der Krise, sondern die Ideen, das Handeln, der po-

litische Diskurs sind zusammengebrochen. Die Politik hat keinen Sinn und keinen Inhalt mehr. Warum haben so viele Franzosen gegen Maastricht gestimmt? Weil sie sich nicht geschützt fühlten. Warum ist die Anti-Mitterrand-Stimmung so stark? Weil der Präsident das Symbol ist für die politischen Phrasen, die nur noch hohl erscheinen.

SPIEGEL: Die Konservativen sind auch nicht viel substantieller.

TOURAINE: Sie sind im Gegensatz zur ersten Kohabitation von 1986 klüger geworden – sie sagen nichts. Niemand weiß, was sie eigentlich tun werden. Diese Verschwiegenheit war genial.

SPIEGEL: Werden sie nicht schon bald Farbe bekennen müssen?

TOURAINE: Nachdem Mitterrands Mannschaft versagt hat, wollen die Bürger in Ruhe gelassen werden. Die Politiker sollen sich um die Wirtschaft kümmern und um praktische Probleme wie das HIV-verseuchte Blut. Von Regierungsprogrammen will niemand etwas wissen.

SPIEGEL: Und wenn in den nächsten zwölf Monaten die Arbeitslosenzahlen weiterhin ansteigen?

TOURAINE: Dann beginnt die Rechte zu bröckeln. Falls sie die Zahl der Arbeitslosen jedoch um 100 000 senken kann, sitzt Chirac – oder Balladur – im Sessel des Präsidenten.

SPIEGEL: Herr Touraine, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Israel

Eiserne Hand

Die Gewalt gerät außer Kontrolle, der Terror droht den Friedensprozeß zunichte zu machen.

Hubschrauber knattern im Tiefflug über Jerusalem, das sich auf den Touristenansturm in der Karwoche vorbereitet. Stacheldraht und MG-Nester sperren die Ausfallstraßen in die besetzten Gebiete ab. Armee und Grenzpolizei sind auf Terroristenhatz im Gaza-Streifen und im Westjordanland unterwegs.

Dazu neue Alarmsysteme, zusätzliche Sicherheitszäune und Wachmänner für Schulen und Kindergärten – Israel vergangene Woche: ein Land im Belagerungszustand.

Nach einer Serie von Mordanschlägen palästinensischer Attentäter, die sich ihre Ziele oft nach dem Zufallsprinzip aussuchten, igelte sich der jüdische Staat ein.

Der Polizeiminister forderte ein Fahrverbot für palästinensische Personautos innerhalb Israels, Ministerpräsident und Verteidigungsminister Jizchak Rabin verhängte eine unbefristete Blockade über die besetzten Gebiete – über 100 000 Palästinensern, die täglich nach Israel zur Arbeit pendeln, bleibt der Zugang verwehrt.

Die Aussperrung, die israelische Arbeitgeber genauso trifft wie palästinensi-



Premier Rabin: „Eine kämpfende Nation“



Israelische Militärpatrouille im Gaza-Streifen: „Es herrscht ein Gefühl nationalen Notstands“

sche Arbeiter, sollte Rabins Energie und Führungskraft beweisen. In Wirklichkeit aber waren die drastische Maßnahme und ein Bündel eilends erlassener Verordnungen das Eingeständnis einer schlimmen Niederlage.

Rabin, im vergangenen Juni nach seinem Wahlsieg als Hoffnungsträger gefeiert, hatte für den jüdischen Staat Frieden und Sicherheit versprochen. Binnen Jahresfrist wollte er einen Durchbruch im 45 Jahre alten israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt erzielen, mit einer begrenzten Autonomie für die Palästinenser in den besetzten Gebieten als Auftakt.

Nun steht der Regierungschef vor der Erkenntnis, daß sich die palästinensische Gewalt nicht eindämmen läßt. Auch das israelische Kerngebiet wird zu einem Schlachtfeld, in dem fast täglich Juden von arabischen Messerstechern angegriffen werden.

In den besetzten Gebieten, besonders im Gaza-Streifen, sind Israels Soldaten inzwischen in einen regelrechten Guerillakrieg verwickelt. Der Wagemut der palästinensischen Kämpfer kennt keine Grenzen mehr: Nicht nur, daß sie Militärstreifen aus dem Hinterhalt beschießen; sie nehmen mittlerweile auch Lager und Wachtürme der Armee nachts unter Feuer.

Der Nahost-Friedensprozeß droht im Terror unterzugehen, die Bevölkerung ist verängstigt und verbittert. Ein Transparent rechter Demonstranten, die sich vor der Jerusalemer Residenz des Premiers zum Dauer-Sit-in niedergelassen haben, verkündete in höhnischer Umkehrung eines Wahlkampflogans der Arbeitspartei: „Israel wartet nicht mehr auf Rabin.“

Fast 80 Prozent der Israelis bewerteten vergangene Woche den Zustand der inneren Sicherheit als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Die Tel Aviver Zeitung *Haaretz*: „Es herrscht ein Gefühl nationalen Notstands.“

Die Deportation von mehr als 400 militanten Moslems im Dezember, eine völkerrechtswidrige Vergeltungsmaßnahme, mit der Rabin auf die Entführung und brutale Ermordung des Grenzpolizisten Nissim Toledano durch islamische Fundamentalisten geantwortet hatte, brachte nicht den erhofften Rückgang des Terrors – im Gegenteil.

Nach einer kurzen Atempause beschleunigte sich der Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt. Im März wurden 20 Palästinenser bei Auseinandersetzungen mit der israelischen Besatzungsmacht getötet und mehr als 400 verwundet; 15 Israelis starben, mehr als zwei Dutzend – darunter fünf Schüler – wurden bei Anschlägen durch Messerstiche und Schüsse verletzt.

„Schwarzer März“, titelte die Zeitung *Maariv* vergangene Woche und forderte eine Politik der „eisernen Hand“. Man befinde sich im Krieg, „deswegen müssen wir handeln wie im Krieg“.

In der israelischen Gesellschaft griff Panik um sich. Waffenläden erlebten einen Umsatzboom, Nahkampfexperten gaben im Radio Tips zur Selbstverteidigung, Tageszeitungen informierten über das Arsenal handlicher wie preiswerter Schutzartikel. Besonders empfohlen: Schlagstöcke, Elektroschockgeräte oder Tränengas.

Die Regierung beschloß die Verstärkung der Polizei um 2000 Mann und schickte zusätzliche Kontingente von verdeckt operierenden Sonderkomman-

dos in die besetzten Gebiete, während Rabin die Rückbesinnung auf die Tugenden der Pionierzeit predigte: „Wir müssen wieder werden, was wir einmal waren – eine kämpfende Nation.“

Nach dem Willen des Premiers sollen Zivilisten sich künftig vermehrt an Nachbarschaftspatrouillen beteiligen; er verordnete paramilitärischen

Nachhilfeunterricht für 16- bis 18jährige und erwoog gar die Ausgabe von Holzprügeln an ältere Schüler.

Rechte Scharfmacher von der Opposition forderten den Ausnahmezustand, die Bildung eines Kriegskabinetts unter Einschluß

aller Parteien und den Abbruch der Friedensverhandlungen. „Es ist unannehmbar“, tönte Rechawam Seewi von der Heimatlandpartei, „daß das Räderwerk des Friedensprozesses mit jüdischem Blut geölt wird.“

Siedlerverbände in den besetzten Gebieten verlangten weitere Deportationen, die Entsendung von Panzern in den Gaza-Streifen und „die Todesstrafe für alle Terroristen“. Rechte Parlamentarier propagierten offen Lynchjustiz. „Terroristen müssen getötet werden, selbst wenn sie gefaßt werden oder sich ergeben“, wütete Rafael Eitan, Chef der ultrarechten Zomet-Partei.

Die bedrängte Regierung lockerte prompt die Feuervorschriften für die Streitkräfte: Israels Militär darf künftig auf jeden bewaffneten Palästinenser schießen, auch wenn die Soldaten nicht unmittelbar in Lebensgefahr sind.

Rechtsextreme Organisationen, denen die Regierung noch immer zu schlapp ist, drohen mit einer eigenen jüdischen Gegen-Intifada. Der Politologe Ehud Sprinzak glaubt, daß radikale Israelis den Friedensprozeß mit „provokativem Terrorismus“ unterlaufen wollen. „Bislang haben die Araber die Juden provoziert“, befürchtet der Experte für Israels radikale Rechte, „jetzt werden die Juden anfangen, die Araber zu provozieren.“

In einer internen Studie für Premier Rabin sieht der Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem eine düstere Zukunft mit gewalttätigen Demonstrationen, Übergriffen gegen Palästinenser oder Bombenanschlägen auf Moscheen heraufziehen. Sprinzak: „Bis es Frieden gibt, werden wir noch eine Menge Gewalt erleben.“